

1. Richtlinien für die Betriebsrätewahlen

Die L beschloß - in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsausschuß - einstimmig folgende Richtlinien, die unsere Genossen bei den in Kürze beginnenden Neuwahlen der Betriebsräte, die nach dem neuen Betriebsrätegesetz durchgeführt werden, beachten müssen:

1. Das neue Betriebsrätegesetz gibt der Arbeiterklasse trotz seiner vielen Mängel weiteste demokratische Möglichkeiten, die ausgenützt werden müssen. Dazu ist es vor allem notwendig, daß alle Betriebsarbeiter genauestens über die wichtigsten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes unterrichtet werden. Bei jedem Gesetze in der bürgerlichen Demokratie kommt es nicht nur auf die Gesetzesbestimmungen selbst, sondern vor allem auf die Durchführung an. Die Durchführung der Wahlen liegt in der Hand der Arbeiterklasse selbst, respektive in der Hand der Gewerkschaften. Wir müssen den Betriebsarbeitern geduldig erklären, daß es vor allem von ihnen selbst abhängt, ob die Betriebsrätewahlen von den Gewerkschaftsspitzen dazu ausgenützt werden können, um vermittels Päckerei ihnen ergebene Elemente auf Posten und Pöstchen zu setzen, oder ob die neu gewählten Betriebsräte Organe der Arbeiterdemokratie, Kampforgane der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Kapitalisten, Keimzellen des Arbeiterrates werden sollen.

2. Da die große Mehrzahl der Arbeiter bei der SP organisiert ist, wird die SP versuchen, so viel wie nur möglich, mit "Parteilisten" aufzutreten. Die Stalinpartei wird versuchen, mit der zwar schon etwas verbrauchten Taktik der "Einheits"listen aufzutreten. Beide Möglichkeiten sollen der SP- bzw. Stalinbürokratie Gelegenheit geben, die Betriebsratsmandate, die für die Bürokratie ein äußerst wichtiges Bindeglied zu der Masse der Betriebsarbeiter ist, mit den bürokratischen Spitzen der Gewerkschaften genehmen Leuten zu besetzen. Diesem Spiel der Bürokraten müssen wir entgegentreten. Die Erfahrungen der letzten zweieinhalb Jahre haben der Arbeiterklasse immer wieder bewiesen, daß die Gewerkschaftsbürokratie, SP und Stalinpartei den Klassenkampf der Arbeiterklasse in allen entscheidenden Phasen bremsen, spalteten und ihn nur ausnützten für die Behauptung ihrer bürokratischen Interessen. Das Ziel der Bürokraten sind bürokratische Betriebsräte, die ihnen die Fortsetzung ihres verräterischen Spieles mit der Arbeiterklasse, die Fortsetzung ihrer Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie erleichtern sollen. Parteilisten, "Einheits"listen und Päckerei sollen ihnen dazu verhelfen. Wir müssen versuchen, den bürokratischen Listen der Gewerkschaftsspitzen Listen entgegenzustellen, auf denen die kritischsten, kampfgewilltesten, erprobtesten, unbestechlichsten Arbeiter des Betriebes stehen. Wenn wir in dem einen oder anderen Betrieb schon so weit sind, wollen wir diese Liste "Gewerkschaftsliste" oder "Liste der Kampfeinheitsfront" nennen. Auf dieser Liste werden Arbeiter kandidieren, unabhängig davon ob sie der SP oder der "KP" angehören. Diese Arbeiterkandidaten werden folgendes Programm vertreten:

"Kampfeinheitsfront der Arbeiterklasse gegen die Raubpolitik der Kapitalisten an den Massen!"

"Kampf gegen die Gewerkschaftsspitzen, die der Politik der Kapitalisten die Mauer machen!"

"Kampf für die Demokratisierung der Gewerkschaften!"

Dort, wo es nicht möglich ist, mit eigenen Gewerkschaftslisten aufzutreten, und dies wird in den allermeisten Betrieben der Fall sein, werden wir versuchen, einen Druck von unten gegen die bürokratischen

Spitzen zu entfalten, damit sie soviel wie möglich revolutionär gestimmte Betriebsarbeiter in ihre Listen aufnehmen müssen. Dabei darf uns unsere Parteizugehörigkeit nicht hindern, z.B. als SP-ler für einen guten Arbeiter der Stalinpartei einzutreten und umgekehrt.

3. In reaktionären Betrieben, wie Staat, Gemeinde, Banken usw., die zum größten Teil aus Angestellten bestehen, müssen wir trachten, den dort möglichen Einfluß der ÖVP so stark wie möglich zu verdrängen. Hier werden wir für "Einheitslisten der Arbeiterparteien" eintreten, um jede Stimmenzersplitterung im Kampfe gegen die ÖVP zu verhindern. In vielen Fällen wird es auch nur möglich sein, für SP-Listen zu stimmen, die in den reaktionärsten Betrieben das einzige bedeutende Gegengewicht gegen die ÖVP ist. Aber auch hier ist es notwendig, zu trachten, daß die von der Bürokratie am unabhängigsten Angestellten auf die Listen kommen.

4. Um die Forderungen der oben angeführten Punkte in der Praxis so weit wie möglich zu verwirklichen und den Bestrebungen der Verratsparteien und der Bürokraten entgegenzuwirken, müssen wir uns in jedem Betrieb mit folgenden grundsätzlichen Forderungen an die Arbeiter wenden und sie dafür interessieren:

a) Der Fähigste soll Betriebsrat werden, der klar, konsequent, ehrlich ist und unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit für die Interessen der Arbeiter einzutreten versteht.

b) Die Kandidatenlisten dürfen nur unter Mitwirkung der gesamten Arbeiterschaft des Betriebes zustandekommen. Jede Arbeitsgruppe oder Werkstätte soll ihren Vertrauensmann oder Betriebsrat nominieren; auf Grund dieser Methode kann dann die Liste entstehen.

5. Selbstverständlich müssen unsere Genossen trachten, als Betriebsräte gewählt zu werden, allerdings nur gestützt auf das Vertrauen der Arbeiter. Dieses Kampfvertrauen werden wir uns nicht von heute auf morgen erwerben. Die Arbeiter sind mit Recht mißtrauisch, sie sind bereits allzuoft betrogen und verraten worden. Sie wollen nicht nur schöne Reden hören, sondern auch Taten sehen. Durch unser tägliches Verhalten im Betriebe, durch unser Verhalten im praktischen Kampfe, durch unser Eintreten für die Betriebsdemokratie werden wir auf die Dauer das Vertrauen der Betriebsarbeiter gewinnen. Morgen werden sie sehen, daß diejenigen, denen sie ihr Vertrauen schenkten, die Internationalen Kommunisten, die Vertreter der IV. Internationale sind. Das wird uns ein großes Stück weiterbringen.

+

P.S. der Red.: Siehe hierzu den Artikel über "Das Betriebsrätegesetz" im "Spartakist" Nr. 18 (April 1947).

2. Drei Resolutionen des IEK

Als Anhang zu dieser Ausgabe der "Internen Mitt." veröffentlichen wir drei Resolutionen des 2. Plenums des IEK (Oktober 1946), die von bedeutendem grundsätzlichen Wert sind. In bezug auf die Resolution zur Wahltaktik der französischen PCI weisen wir auf den Beschluß unserer L hin, der in den "Internen Mitt." Nr. 3, I, 1 abgedruckt ist; das in der Resolution erwähnte Dokument des IS liegt uns derzeit nicht vor.

3. Unsere Redaktion

Seit der Anzeige in der letzten Nummer der "Internen Mitt." sind folgende Publikationen erschienen: "Der Spartakist" Nr. 20, 21 und 22; "Der Marxismus und unsere Epoche" von Leo Trotzki (als

Schriftenreihe, Broschüre Nr. 3); "Presse-Informationen" Nr. 1/ und "Diskussionsmaterial" Nr. 5, 6 und 7 (Hefte Nr. 21 bis 24).

"D.M." Nr. 5 enthält die Resolution über die Jugend von der Gründungskonferenz der IV. Internationale. In der Nr. 6 ist außer den drei im Anhang abgedruckten Resolutionen des 2. Plenums des IEK noch eine Reihe anderer Resolutionen zu finden. Nr. 7 bringt zwei Resolutionen der ROP Englands über das Wesen der Regierungsformen in Europa und zur Frage des "Eintritts" in den Ländern des europäischen Kontinents; ein Schreiben unserer spanischen Gruppe in Mexiko über den nächsten Weltkongreß und eine Kritik des Gen. Munis an der Internationale und dem IS.

Es wird unseren Genossen bereits aufgefallen sein, daß wir in den letzten Wochen bei der Versorgung mit Informationsmaterial mehr auf Arbeiten von überwiegend propagandistischem Wert legten, daß uns also im bescheidenen Maße schon eine redaktionelle Sichtung und Bearbeitung des Materials möglich war. In den nächsten Wochen werden wir dazu übergehen, die Auflage dieses Informationsmaterials so zu erhöhen, um das gesamte führende Aktiv (einschließlich der GL-Referenten in den A-Zellen) damit beteiligen zu können.

4. Beantwortung der Solidaritätspakete

Die L hat beschlossen, die individuelle Beantwortung der einlaufenden Lebensmittel- und Kleiderpakete ab sofort einzustellen und im Interesse des konspirativen Schutzes, aus Ersparungs- und anderen Gründen durch folgende Regelung zu ersetzen:

- a) Jeder Genosse (Paketempfänger) schneidet die Adresse des Absenders aus der Verpackung, schreibt das aus dem Aufgebestempel ersichtliche Absendedatum, die Art des Paketes (Kleider- oder Lebensmittelpaket) und seinen eigenen Decknamen darauf und liefert diesen Zettel auf dem schnellsten Wege an seine GL ab, die dann das weitere verfügt.
- b) Die Bestätigung des Empfanges wird zentral durch unser S durchgeführt.
- c) Die GL und das OB führen Listen nach einem vereinbarten Schema, damit der Einlauf an S-Paketen übersichtlich verzeichnet und jederzeit kontrolliert werden kann.

5. Einkauf von Papier und franz. Besatzungsgeld

Wir müssen unseren Aufruf aus den "Internen Mitt." Nr. 5, II, 3 wiederholen und unterstreichen.

Die Organisation braucht Geld in französischer Besatzungsvaluta. Der offizielle Kurs für ffrs ist: 100,- ffrs = 8,50 S. Das Geld wird sehr dringend benötigt, weshalb wir gezwungen sind, auch Preise der Schwarzen Börse zu zahlen.

An Papier ist unser Bedarf ebenfalls sehr groß und dringend. Die Nachbeschaffung größerer Mengen wird immer schwieriger. Alle Genossen werden nochmals aufgefordert, sich an dieser Beschaffungsaktion zu beteiligen, damit eine Stockung bei der Herausgabe unserer Publikationen verhindert wird. Benötigt werden zwei Sorten: Saugpostpapier für Abziehzwecke und dünnes Durchschlagpapier (nicht Kohle- oder Blaupapier!) zum Durchschreiben mit der Maschine.

1. Über die Wahlpolitik der französischen PCI

Die Kommission hat die an die PCF (= "KP" F) und an die SFIO (= SPF) durch das PB der PCI gerichteten Briefe, in denen sie diesen Organisationen einen Wahlblock vorschlug, gelesen. Sie ist zu folgenden Schlüssen gekommen:

Diese Briefe haben in der Hauptsache den Zweck, die PCI im Verhältnis zu den Massenparteien in der Frage der Verteilung der Arbeiterstimmen in eine günstige taktische Stellung zu bringen.

Obwohl die Führung der PCI keine Illusion hatte, daß ein solcher Block verwirklicht werden würde oder könnte, beinhalten diese Briefe, so wie sie formuliert sind, ernste politische Fehler.

Diese Fehler (besonders die bezüglich des Vorschlages, die Listen gegen eine Unterstützung für eine Liste der PCI zurückzuziehen) können nur dazu dienen, die Mitglieder und Sympathisierenden der PCI über die Frage der Einheitsfront und über die konkrete Form eines Wahlblocks zu desorientieren und die PCI vor den fortgeschrittenen Arbeitern in ein ungünstiges Licht zu bringen.

Obwohl dem I. E. K. klar ist, daß die PCI sich in einem wichtigen Wahlkampf befindet, kann es dennoch nicht umhin, diese Frage sofort für eine Diskussion in der PCI aufzuwerfen.

Das IEK beauftragt das IG ein Dokument herauszugeben, das seine Kritik der Briefe des PB der PCI zusammenfaßt und dieses sofort nach den französischen Wahlen im "Bulletin Interieur" international zu veröffentlichen und eine Diskussion mit der Führung der PCI zu beginnen, um den Fehler des PB richtigzustellen und die Lehren aus diesem Fehler zu ziehen.

Abstimmung: Alle dafür, außer Gen. Geoffroy (französische Mehrheit), der dagegen stimmte.

2. Über die Lage in Polen

Die terroristische und pogromistische Aktivität der unterirdischen polnischen Banden und die sich verschiedentlich äußernde Strömung einer ernsten Opposition der Massen gegen die stalinistische Politik stellen dem polnischen Proletariat die Aufgabe, sich gleichzeitig des Bierut-Regimes und der politischen Vertreter der reaktionären Klassen zu entledigen.

Die Partei Mikolajczyks, "legale" Oppositionspartei, die der stalinistischen Regierung unter dem Druck des anglo-amerikanischen Imperialismus mit dem Ziel aufgezwungen wurde, nach und nach alle seit 1944 eingeführten Reformen zu vernichten, hat versucht, die Unzufriedenheit der Massen, hervorgerufen durch die verbrecherische Politik des Stalinismus, in diese konterrevolutionäre Bahn zu lenken.

Die IV. Internationale ist gegen die Ausplünderung, Deportation und den Abtransport industrieller Einrichtungen nach Rußland. Sie kämpft für den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen indem sie die Verbrüderung propagiert. Sie fordert vollkommene Freiheit für die Arbeiterbewegung, um der fortschreitenden Demoralisation des Proletariats zu begegnen, die das Ergebnis des Hineinpressens in die stalinistischen Organisationen ist. Sie kämpft gleichzeitig für die Konsolidierung und Erweiterung der Bodenreform und Nationalisierung indem sie an erste Stelle die

Notwendigkeit der Arbeiterkontrolle und -verwaltung setzt. Nur durch diesen Kampf, verbunden mit dem energischst geführten Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, die reichen Bauern und den Klerus, können die polnischen Arbeiter ihre revolutionären Organisationen aufbauen und den Massen zeigen, daß der Stalinismus in Wirklichkeit die Antithese des wahren Kommunismus bedeutet.

Darum warnt die IV. Internationale die werktätigen ^{Massen} vor jeder Verwechslung ihrer revolutionären Aktionen mit der konterrevolutionären und antisowjetischen Aktivität der legalen und illegalen Organisationen, die im Solde der Bourgeoisie und des Imperialismus stehen. Solche Organisationen wie die Partei Mikolajczaks haben nichts gemeinsam mit den Interessen der unterdrückten Massen, sondern kämpfen für die Restaurierung eines Regimes, das für sie ein namenloses Elend bedeutete. Die IV. Internationale befindet sich daher in der ersten Reihe im Kampf gegen die (den, das?) NSZ, die Arma Krajowa, die terroristischen Banden und gegen alle reaktionären Kräfte. Sie wird dem Proletariat zu zeigen trachten, daß der unabhängig und revolutionär geführte Kampf der Massen gegen die Reaktion viel mehr entscheidenden Erfolg zu verzeichnen hat und mit unendlich weniger Opfern verbunden ist als die stalinistische Intervention. Das wird gleichzeitig das einzige Mittel sein, um dem Stalinismus jede Möglichkeit zu nehmen, die antifaschistischen Gefühle der Massen zu seinen Gunsten zu verwenden.

Das IEK erklärt, daß jede Unterstützung des Mikolajczyk-Lagers - wie beispielsweise die "kritische Unterstützung" im Leitartikel der Septemberrnummer der Zeitschrift "The New International" (WP (Shachtman) - Das S) - objektiv bedeutet, den Vorstoß des Imperialismus zu unterstützen, dessen Hauptbastion in Polen dieses Lager darstellt. Es entlarvt diese einer bürgerlichen, konterrevolutionären Organisation geleistete Unterstützung als einen Bruch mit dem marxistischen Klassenprinzip. Eine solche Haltung würde in Polen oder woanders den Weg zur Bildung einer einheimischen internationalistischen, kommunistischen Partei vollends versperren.

Abstimmung: Einstimmig angenommen

3. Über die spanische Frage

Das IEK stellt fest, daß der Junikongreß 1946 der "Grupo Comunista Internacionalista" (GCI), spanische Sektion der IV. Internationale, die vorhergehende Stellungnahme der Gruppe in bezug auf die Lösung der Verfassungsgebenden Versammlung änderte und aufs bestimmteste die Lösung der Republik in der jetzigen Etappe in Spanien zurückwies. Das IEK meint, daß, wenn diese Entscheidungen auch an sich nicht genügen, die Haltung der GCI als sektiererisch zu bezeichnen, sie doch eine Tendenz widerspiegeln, die revolutionäre Taktik in sektiererhafter Weise aufzufassen. Das IEK ist der Auffassung, daß sich die Gruppe bemühen soll, ihre Haltung zu revidieren.

Das IEK ist mit keiner wie immer gearteten Theorie einverstanden, die für Spanien eine Ausnahme vorsieht indem sie behauptet, die Erfahrungen der Republik in den Jahren 1931-1939 hätten die Massen von ihren "demokratischen Illusionen" oder von ihrem Vertrauen zu ihren traditionellen Parteien derart geholt, daß im Augenblick einer Änderung des Franco-Regimes ihr Auftreten not-

wendigerweise oder wahrscheinlich einen genügend explosiven Charakter annehmen würde, um die bürgerlich-demokratische oder parlamentarische Etappe zu überspringen und sofort einen ausschließlich oder vorherrschend sowjetischen Kurs einzuschlagen. Ein solcher Optimismus ist unvereinbar mit den erst vor kurzem gemachten Erfahrungen in Westeuropa und besonders der in Italien nach dem Faschismus. Eine solche Perspektive ist umso weniger gerechtfertigt, als die heutige politische, geistige Verfassung der spanischen Massen, in Spanien wie in der Emigration, eher durch eine tiefe Entmutigung und Demoralisation gekennzeichnet ist. Allein schon aus dieser Tatsache sind diese Massen bereit, jede Lösung zu akzeptieren, die sie von Franco und der Phalange befreien würde. Es kann als wahrscheinlich angenommen werden, daß in dem Falle, als die Entfernung Francos die Möglichkeit eines Auftretens der Massen gibt, sie nicht den bürgerlichen Gerichten die Besorgung des Ausmerzens der notorischen Faschisten überlassen werden, sondern daß wir Zeugen viel ungetrübter Exekutionen der direkten und individuellen Justiz, als dies in Frankreich und selbst in Italien der Fall gewesen werden. Dennoch stellt dies an sich keine Garantie dar, daß eine ganze Etappe übersprungen und eine vollkommen sowjetische Entwicklung vor sich gehen wird.

In bezug auf diese Perspektive warnt das IK die spanischen Genossen vor jeder Tendenz, die dahin geht, die demokratischen und Übergangsforderungen als Antithese zum vollen sozialistischen Programm aufzufassen. Die augenblickliche Lage in Spanien ist typisch für die, in der die Benützung aller Lösungen, die die richtige Antwort auf die dringenden Bedürfnisse der Massen geben - grundlegendste demokratische Lösungen im revolutionären sozialistischen Programm, wohl durchdacht, für den geeigneten Augenblick, ausgesucht, richtig kombiniert und mit der entsprechenden Bedeutung versehen, eher fest miteinander verknüpft, als einander künstlich gegenübergestellt - können die Massen um unsere Partei und um unser Programm mobilisieren. In einer Situation der wachsenden Revolutionierung ist es möglich, Lösungen grundlegend demokratischer Art in vollkommen sozialistische zu verwandeln; wenn jedoch unsere Partei vom Beginn dieses Prozesses an eine zu vorgerückte oder sektiererische Stellung den demokratischen Forderungen gegenüber beziehen wird, wird ihre Ungeduld bestimmt in einer weiteren Isolierung enden.

Die Losung der Verfassungsgebenden Versammlung ist ein Beispiel einer besonders den jetzigen Umständen in Spanien angepassten demokratischen Forderung. In einer Situation, in der die spanische Bourgeoisie, der Weltimperialismus und die Kremlbürokratie darin einig sind, daß, wenn Franco entfernt werden soll, dies auf "kaltem Wege" oder durch eine private "Transaktion" erfolgen soll, was jede Intervention der spanischen Arbeiter und Bauern ausschließen würde, ist die Verfassungsgebende Versammlung (d.h. ein Regime, das durch den Willen des spanischen Volkes auf das Franco-Regime folgen soll) beispielsweise die Losung, die durch genügende Mobilisierung der spanischen Massen eine derartige Lösung auf "kaltem Wege" durch die Intervention des Massenwillens des Volkes zunichtezumachen vermag.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die ökonomische Lage der spanischen Bourgeoisie so verzweifelt ist, daß sie nicht imstande ist, ökonomischen und demokratischen Forderungen der spanischen Arbeiter und Bauern die geringste Konzession zu machen. Dies stellt aber bei weitem kein Argument gegen die Anwendung der Losung der Verfassungsgebenden Versammlung dar, wenn sie von uns angewendet wird, einen revolutionären Charakter.

4 sondern gibt ihr,

Eine solche Forderung nach einer Verfassungsgebenden Versammlung erheben wir nicht auf abstrakte Art, isoliert von unserem Programm, sondern verbinden sie mit der Arbeiter- und Bauernregierung; der Auflösung der Zivil- und Sturmgarden und des Offizierskorps Francos; der Milizen für den Schutz der Arbeiter- und Bauernorganisationen; und der Verfassungsgebenden Versammlung selbst; der Trennung der Kirche vom Staat und Enteignung der Kirchengüter; der Nationalisierung der Banken, der Versicherungsgesellschaften und der Schwerindustrie; der Volksgerichte zur Ausmerzung der notorischen Mafangisten und anderer Stützen Francos; des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten; der Freiheit der Kolonien und aller anderen demokratischen und Übergangsforderungen, die wir schon in unserem Programm festgelegt haben - eine solche Forderung, eben aus der Unmöglichkeit für die Bourgeoisie, solche oder andere Konzessionen zu machen, stellt das ganze bürgerliche Regime in Frage und verleiht ihm ein höchst subversives und revolutionäres Potential.

Die Verfassungsgebende Versammlung ist keineswegs ein Ersatz für die Sowjetstruktur, für die Machtergreifung und Diktatur des Proletariats, sondern in besonderen Umständen eine Losung zur Mobilisierung für den Weg dahin. Unter bestimmten anderen Umständen kann die Verfassungsgebende Versammlung von der "Links"-Bourgeoisie und ihren Agenten in den Arbeiterparteien als die gefährlichste Falle benutzt werden, um die Massen vom revolutionären Weg abzubringen. In der heutigen Situation in Spanien jedoch, wo nebenbei gesagt, die Bourgeoisie sie nicht als eine hauptsächlichste Losung stellt, kann sie zu einer besonders nützlichen Waffe werden für die, die revolutionäre Befähigung haben und sie richtig ausnützen. Diese Losung ist solchen Überresten der Cortes, wie sie in Mexiko bestehen, schon stark entgegengesetzt.

Und wenn die spanische Bourgeoisie gezwungen wäre, zu einer Parodie der Konstituante zu flüchten, wie sie de Gaulle in Frankreich oder de Gasperi in Italien hervorriefen, werden wir unsere Forderung für eine revolutionäre Konstituante gegenüber diesen bürgerlichen Verzerrungen stellen. Darüber hinaus und unter allen Bedingungen müssen wir betonen, daß die Verfassungsgebende Versammlung auf der Mobilisierung der Massen gegründet sein muß.

Diese Losung ist auch keineswegs eine permanente und unbedingte. In dem Fall, als in der Frage sich die revolutionäre Lage in Spanien günstig und schnell entwickelt, ist es möglich und wahrscheinlich, daß eine solche Losung durch die Ereignisse überholt wird, so wie es 1917 in Rußland der Fall war, wo sie lange Zeit durch die Sowjets und durch die Bolschewiki unterstützt, nach deren Machtübernahme beiseitegestellt wurde. In einem solchen Fall werden unsere spanischen Genossen den günstigen Zeitpunkt richtig zu wählen verstehen, in dem sie diese Losung zu gunsten revolutionärer Losungen rein sowjetischer Art beiseitestellen werden.

Das IEK empfiehlt darum der GCI, die Entscheidungen des letzten Kongresses über die Frage der Verfassungsgebenden Versammlung von neuen zu erwägen und diese Losung in die Reihe der demokratischen und Übergangsforderungen wieder aufzunehmen.

Was die Losung der Republik anlangt, so betrachtet das IEK es nicht als den Tatsachen entsprechend, daß für die spanischen Massen die Losung der Republik nichts anderes besagen könne als die Republik von 1931 und daß ihre Erfahrung über dieses Regime die Verwendung dieser Losung ein "gegenteiliges Ergebnis" zur Folge haben könne. Die Erfahrung in allen Ländern und Perioden zeigt, daß der Ausdruck Republik für die Massen einen unvermeidbar verschiedentlichen Sinn hat, daß jede Klasse, jede Gruppe und jedes Individuum ihm einen von ihrer Einstellung abhängigen Inhalt gibt.

und daß eine spanische Ausnahme in dieser wie in anderer Sache unwahrscheinlich ist.

Das IEK betrachtet die Konzeption, wonach eine solche Losung nur im Fall einer unmittelbaren Drohung der monarchistischen Restauration angewendet werden soll als rein formalistisch. Keine formalistische Konzeption ist es jedoch, wenn die Losung der Republik sowohl der faschistischen Franco-Diktatur wie auch der Monarchie der Juan-Bourbonen entgegengesetzt wird; so verstehen sie denn auch die spanischen Massen.

Unsere Verwendung der Losung der Republik unterscheidet uns vom Anbeginn an von den Arbeiterparteien, die in ihrer Hast, sich Franco "gleichviel wie" zu entledigen, bekanntlich mit den Monarchisten liebäugeln und einen prinzipienlosen Kuhhandel vorbereiten. Zu diesem Zeitpunkt ist sie noch eine der wichtigen demokratischen und Übergangslosungen, die sich mit der Losung der Verfassungsgebenden Versammlung und der Arbeiter- und Bauernregierung verbindet.

Wir dürfen uns bezüglich der bürgerlichen Demokratie keine sektiererische Verständnislosigkeit aneignen: wir sind für jedes demokratische Recht, das wir der Bourgeoisie entreißen und gegen sie verteidigen können. In England sind wir für eine Republik, wie wir in Frankreich immer für die Abschaffung des Senats waren. Wir sind für Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und für jede andere Freiheit, die wir erringen können. Unsere Forderungen für solche Freiheiten vermehren nicht die demokratischen Illusionen und sind nicht demagogisch: selbst wenn wir Seite an Seite mit anderen Arbeitern für all' die Rechte kämpfen, die man in der bürgerlichen Demokratie erringen kann, erklären wir ihnen ehrlich, daß die Bourgeoisie weder will noch ihnen zustimmen kann und daß selbst solche Freiheiten, die ihr abgerungen werden können, solange das kapitalistische Regime besteht nicht die Probleme der Massen zu lösen imstande sind.

Die Losung der Republik isoliert verwendet, getrennt vom übrigen Programm, würde einen Fehler darstellen, der die bedingungslose Unterstützung einer bürgerlich-kapitalistischen Republik bedeuten würde. Eng mit unserem Programm verbunden in Anwendung gebracht, nimmt diese Losung jedoch den Charakter einer algebraischen Formel an. Der klassenmäßige Inhalt dieser Formel wird bei genauer Untersuchung durch die Resultate unserer Bemühungen und der objektiven Entwicklung gegeben. Es versteht sich von selbst, daß wir alles in unserer Macht stehende tun werden, damit dieser Inhalt proletarisch und daß die Republik eine Arbeiterrepublik wird. Die Möglichkeit aber, daß diese Anstrengungen sich in der gegenwärtigen Etappe als ungenügend erweisen könnten, zu einer Arbeiterrepublik zu gelangen, kann uns nicht - sofern wir nicht unheilbare Sektierer sind - veranlassen, uns von der Losung der Republik unter dem Vorwande abzuwenden, daß der historische Prozeß auf halbem Wege ins Stocken geraten könnte und das Resultat eine mehr oder weniger günstige bürgerliche Republik sein würde. Die Worte Trotzki's, die er 1931 schrieb, behalten noch immer ihre Gültigkeit: "Je kühner, entschlossener und unversöhnlicher die proletarische Avantgarde für demokratische Losungen kämpfen wird, desto schneller wird sich im Bewußtsein der Massen die demokratische Republik in die Arbeiterrepublik verwandeln".

Das IEK empfiehlt daher der GCI, diesen Punkt der Entscheidung ihres Kongresses neu in Erwägung zu ziehen und die Losung der Republik zu ihren grundlegendsten und Übergangsforderungen zu nehmen.

Für die Anwendung der beiden vorgeschlagenen Losungen sind zwei konkrete Warnungen unerläßlich, da, so unnötig sie auch prinzipienfesten Marxisten erscheinen mögen, die Zentristen ultralinken und opportunistischer Tendenz ganz und gar imstande sind, die erwähnten Prinzipien auf ihre Weise zu entstellen.

Erstens, ausgehend von der Erwägung, daß die Losungen der Republik und der Verfassungsgebenden Versammlung vorübergehende, mobilisierende Waffen im Kampf für den Sozialismus darstellen, glauben wir keineswegs, daß sie selbst die Probleme der Massen lösen und den Sozialismus verwirklichen können; und zweitens, kann diese Taktik auf keinen Fall zulassen, daß der spanischen Bourgeoisie unter gewissen Umständen daraus eine Stütze entspringt, eine provisorische Regierung zu errichten.

Das IEK betrachtet diese beiden Losungen nur als Symptome einer Tendenz seitens der Mehrheit der GCI, einen künstlichen Gegensatz zwischen den demokratischen und Übergangsforderungen einerseits und dem sozialistischen Programm andererseits zu schaffen, wodurch sie geneigt ist, die ersteren als unvereinbar mit letzterem zurückzuweisen. Das IEK empfiehlt der GCI eine neuerliche generelle Prüfung ihrer Politik im Lichte dieser Kritiken und die Vorbereitung eines sofortigen Aktionsprogramms, mit welchem sie vermittels einer richtigen und zweckmäßigen Anwendung demokratischer Forderungen den Graben, der sie von den spanischen Massen trennt, zuschütten und aus ihrer gegenwärtigen relativen Isolierung treten kann.

Abstimmung: Bis auf eine Stimme
- der spanischen Mehrheit - einstimmig angenommen.
